

Kreis-Blatt

für den Kreis Marienburg Westpr.

Erscheint Mittwoh und Sonnabend Abend.

Nr. 9.

Marienburg, den 4. Februar.

1905.

Landrätliche Bekanntmachungen.

Nr. 2. Marienburg, den 28. Januar 1905.
Das Kreis-Ersatzgeschäft für den Kreis Marienburg wird in diesem Jahre nach folgendem Plan abgehalten werden:

1. In Brunau bei Biedfle.

Montag, den 20. Februar 1905, vorm. 8.30 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Altrosengart, Baalan, Eichenhorst, Kadud, Markushof, Thienhorst, Fohlenwalde, Reichshof, Rosenort, Schwandorf, Bengeln, Wengelwalde, Kugastwalde, Campenau, Cronsknecht, Sorgenort, Thiergart, Thiergartsfelde, Br. Rosenort, Stalle, Thierhorst, Brunau, Br. Königsdorf.

2. In Alfelfe bei Epp.

Dienstag, den 21. Februar 1905, vorm. 8.15 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Alfelfe, Kletendorf, Roggenhof, Barwart, Brunnendorf, Reichsfelde, Bilsch, Fischauerfeld, Klafenort, Koytolt, Rothgebude, Schlablau, Sommerau, Jonashof, Kohnke, Königsdorf, Schönwiese.

3. In Tormeritz bei Bismarck.

Mittwoch, den 22. Februar 1905, vorm. 10 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Biedfle, Al. Montau, Montauersdorf, Bernersdorf, Altwischel, Biedersfelde, Kungenhof, Gr. Montau, Abl. Kuntau, Mielenz, Schönan, Altmühlerberg.

4. In Tiegendorf in Papensuh' „Gut du Nord“.

Donnerstag, den 23. Februar 1905, vorm. 10 1/2 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Platenhof, Keimerswalde, Tiegendorf, Althof, Weiersdorf, Brunau, Jantenhof, Kallherberge, Kallherwerder, Rehwalde, Schapan, Helm, Tiegendorf, Fichtenwerder, Altenhof, Petershagen, Algenhof, Weinland, Stobendorf, Neumünsterberg, Neudorferwalde, Biergehnhof, Orloff, Orloffersfelde, Bieghendorf, Babelopp.

Freitag, den 24. Februar 1905, vorm. 10 1/2 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Neuhof, Tieg, Marienau, Rickenau, Schöneberg, Schöndorf, Baarenhof, Bärwalde, Bogel, Tiegendorf.

5. In Neuteich, nicht wie in der Bekanntmachung vom 28. Januar d. J. gesagt, im Deutschen Hause, sondern im Schröder'schen Lokale.

a. Sonnabend, den 25. Februar 1905, vorm. 10 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Bräde, Mierau, Reichshof, Neuteich, Brangenau, Schöndorf, Neuteichershof, Barendt, Palsch, Bordenau, Brodack, Vinbenau, Nieban, Tannse, Tregang.

b. Montag, den 27. Februar 1905, vorm. 10 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Altenau, Gr. Althof, Parlsch, Trappensfelde, Damerau, Nieban, Al. Wietzenau, Eichwalde, Leste, Tralan, Trampenau, Gendubben, Barnau, Neuteich.

6. In Marienburg, im Gesellschaftshause.

a. Dienstag, den 28. Februar 1905, vorm. 9 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Schloß-Rathhof, Dammfelde, Simonhof, Stadtfelde, Vogelhang, Blumhof, Wichau, Rathhof, Dammhof, Schadow, Samite, Holzbrunn, Wietzenau, Lindenwald, Sandhof, sowie derjenigen Militärpflichtigen aus der Stadt Marienburg, welche in den Jahren 1884 und früher geboren sind.

b. Mittwoch, den 1. März 1905, vorm. 9 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus den Dörfern: Gnojau, Gr. Plesch, Al. Plesch, Tregheim, sowie derjenigen Militärpflichtigen aus der Stadt Marienburg, welche in dem Jahre 1884 geboren sind.

c. Donnerstag, den 2. März 1905, vorm. 9 Uhr.

Ausrückung der Militärpflichtigen aus der Stadt Marienburg, welche im Jahre 1885 geboren sind.

d. Freitag, den 3. März 1905, vorm. 9 Uhr.

Losung, bei der zu erscheinen den Militärpflichtigen des Jahrganges 1885 überlassen bleibt und festgesetzt müssen.

Die zur Vorstellung kommenden Militärpflichtigen auf dem Sammelplatze vor dem Gefängnislokal anzuweisen sein. Die beordneten Gendarmen haben dieselben ordnungsmäßig anzustellen und an der Hand der Verzeichnisse vortreten zu lassen.

Zur Stellung sind, wenn sie nicht ausdrücklich davon entbunden sind, verpflichtet, sämtliche in dem Jahre 1885, sowie die 1884 und 1883 geborenen und ewigen älteren Militärpflichtigen, welche noch nicht für die Heere oder in der Marine gedient, auch eine endgültige Entscheidung noch nicht erhalten haben.

Die Magistrate, sowie die Herren Guts- und Gemeindevorsteher haben alle Befehlspflichtigen auf den vorgenannten Terminen unter der ausdrücklichen Verwarnung anstellen, daß die Säumnigen oder Ausbleibenden dekrete und event. als unfähige Dienstpflichtige behandelt werden würden.

Die vorgeladenen Militärpflichtigen sind in ein Verzeichnis (siehe nachstehende Nummer) aufzunehmen. Das Verzeichnis ist mit bis spätestens den 10. Februar d. J. einzureichen.

Wer durch Krankheit am Erscheinen im Musterungstermine verhindert ist, hat eine ärztliche Bescheinigung einzureichen, welche, sofern der ausstellende Arzt nicht amtlich ange stellt ist, durch den zuständigen Herrn Amtsarzt beglaubigt sein muß. Gemüthskranke, Blödsinnige, Krüppel können auf Grund einer solchen vorher einzureichenden Bescheinigung von der Stellung befreit werden. Diejenigen, welche taub, schwerhörig oder taubstumm sind, haben hierüber ebenfalls eine ärztliche Bescheinigung im Musterungstermin vorzulegen, dagegen haben die, welche an Epilepsie leiden, auf eigene Kosten drei glaubwürdige Zeugen für ihre Behauptung im Musterungstermine zu stellen.

Alle Lehrer, welche zur Musterung gelangen, haben der Kommission ihr Prüfungsgutachten vorzulegen.

Die **Gestellungspflichtigen** müssen bei der Musterung zur Vermeidung von Strafen ihre **Lösungsscheine** mitbringen. Diejenigen, welchen die Papiere abhanden gekommen sind, müssen sich rechtzeitig Duplikate beschaffen. Die Magistrate, sowie die Herren Guts- und Gemeindevorsteher werden ersucht, darauf strengstens zu halten, daß die Militärpflichtigen im Besitz der erforderlichen Papiere sind.

Die Mannschaften müssen, am ganzen Körper rein gewaschen und mit reiner Leibwäsche versehen und nüchtern sein und sich während des Musterungsgeschäfts, sowie auf dem Hin- und Rückwege, anständig und ruhig betragen.

Die Rekrutierungsstammrollen sind zu dem Musterungstermine von den Herren Gemeinde- und Amtsvorstehern mitzubringen.

§ 1. Begründete Reklamationen der Militärpflichtigen, einschließlich der Militärpflichtigen der wehrfähigen Bevölkerung, sind rechtzeitig bei dem zuständigen Polizeiverwalter bzw. Amtsvorsteher auszubringen. Reklamationsanträge, welche der Ersatzkommission zur Begutachtung nicht vorgelegt haben, müssen von der Ober-Ersatzkommission bestimmungsgemäß zurückgewiesen werden, sofern die Veranlassung zur Reklamation nicht erst nach beendigtem Musterungsgeschäft entstanden sein sollte.

Den Magistraten, sowie den Herren Guts- und Gemeinde-Vorstehern mache ich hierdurch ausdrücklich zur Pflicht, für die gehörige Verbreitung dieser Vorschriften in ihrem Bezirk Sorge zu tragen. schafften ^{vorläufiger} Weise die gestellungspflichtigen Mann-Weise zu befehlen und nötigenfalls zu sich vorzuladen. Nichtbefolgung dieser Anordnung müßte strengstens gerügt werden.

Die Herren Polizeiverwalter und Herren Amtsvorsteher ersuche ich, die eingehenden Gesuche zu prüfen und mir unter Anschluß einer ausgefüllten Reklamations-Nachweisung sofort zu überreichen. Der letzteren sind beizufügen:

1. Die Taufscheine resp. Totenscheine der Eltern oder Stiefeltern des Reklamanten,
2. eine Bescheinigung des zuständigen Amtsvorstehers über die Anzahl und das Alter der etwa vorhandenen Geschwister und
3. ein Auszug aus der Grundsteuer-Mutterrolle in betreff des Grundstücks des Reklamanten,
4. etwaige amtssitzliche Bescheinigung über den Gesundheitszustand des Reklamanten bzw. seiner Eltern.

Reklamations-Nachweisungen, denen diese Schriftstücke nicht beiliegen, werden den Herren Amtsvorstehern zur Vervollständigung zurückgegeben werden.

Die Mannschaften der Reserve, Landwehr, Seewehr, Ersatzreserve und Marine-Ersatzreserve, welche Ansprüche auf Zurückstellung bei eintretender Mobilmachung machen zu dürfen glauben, haben ihre Gesuche bei dem zuständigen Herrn Amtsvorsteher bzw. Polizeiverwalter auszubringen. Letztere werden ersucht, die eingehenden Anträge zu prüfen und darüber eine, nach dem untenstehenden Schema anzufertigende Nachweisung, aus der sowohl die militärischen, bürgerlichen und Vermögens-Verhältnisse der Antragsteller, als auch die obwaltenden besonderen Umstände, welche das Bedürfnis einer Zurückstellung bezeugen, ersichtlich sind, bis zum 12. Februar einzureichen.

Nachweisung

der für den Fall einer Mobilmachung zurückzustellenden Mannschaften der Reserve, Landwehr, Seewehr, Ersatzreserve und Marine-Ersatzreserve.

Kaufmännische Nummer	Truppendienst	Dienstgrad	Vor- und Zuname	Jahr u. Tag der Geburt	Zeit des Dienstbeginns	Stand und Gewerbe	Ob verheiratet	Anzahl der Kinder	Alter des Vaters und der Mutter	Verständigungsgründe und Bemerkungen	Entscheidung der Kommission

Ueber die Reklamationen und die Anträge auf Zurückstellung von Personen des Verlaufsbesandes wird am 3. März d. Js. entschieden werden. Die Eltern der Militärpflichtigen, in deren Interesse reklamiert wird, müssen in dem Musterungslotale zugegen sein.

Ausbleiben im Musterungstermin hat Nichtberücksichtigung der Reklamationen zur Folge.

Die stammrollenföhrnden Behörden mache ich auf Nachstehendes aufmerksam:

1. Die Stammrollen werden so schnell wie möglich an die Behörden gesandt werden, dürfen also hier nicht abgeholt werden.

2. Die Lösungsscheine bleiben in den Händen der Militärpflichtigen und sind von diesen im Musterungstermin mitzubringen.

3. Die Geburtscheine der Militärpflichtigen des jüngsten Jahrganges aus fremden Bezirken sind zu den Belägen der Stammrollen zu heften.

4. Die Reklamanten, sowie deren Eltern sind für den 2. März nach Marienburg vorzuladen.

Diese Festsetzung ist wiederholt denotwendig bekannt zu machen.

Ich mache die stammrollenföhrnden Behörden für die Befolgung der gegebenen Vorschriften seitens der Beteiligten verantwortlich.

Verzeichnis

der Gestellungspflichtigen aus für 1905.

Kaufmännische Nummer	Vor- und Zuname	Geburts-				Ob, wann und aus welcher Ortschaft zuletzt zur Musterung gewesen.
		Ort und Kreis	Tag	Monat	Jahr	

Nr. 2. Marienburg, den 1. Februar 1905.
Die Besitzer Preussischer Staatsanleihen haben bekanntlich das Recht, ihre Forderungen in das Staatsschuldbuch gegen Einreichung der Papiere eintragen zu lassen. Eine solche Eintragung gewährt mannigfache Vorteile. Sie sichert unbedingt gegen den Schaden, der durch Diebstahl Verbrennen oder sonstiges Abhandenkommen oder durch Beschädigung der Fesseln entstehen kann, sie erspart das Abschreiben der Zinsscheine und das Erneuern der Zinsscheinebogen. Die Zinsen werden den Inhabern eines Kontos im Staatsschuldbuch durch die Post unmittelbar zugesandt oder auf Reichsbank-Girokonto überwiesen; sie können auch bei den Regierungskassapfassen, den

Kreiskassen und den Reichsbankstellen, sowie bei einzelnen Steuerämtern abgehoben werden. Dabei werden laufende Verwaltungskosten nicht berechnet, und neuerdings sind durch das Gesetz vom 24. Juli 1904 auch die Gebühren für die Umwandlung von Kontos in Buchforderungen aufgehoben worden.

Um die Vorteile dieser Kapitalanlage weiteren Kreisen auf die einfachste und billigste Weise zugänglich zu machen, sind sämtliche Kretierungshauptstellen und sämtliche Kreiskassen angewiesen, dem Publikum Staats-Schuldenscheinen anzunehmen, die erforderlichen Antragsformulare ihrerseits nach den Erklärungen der Antragsteller am Schalter anzufüllen und an das Staats-Schuldbuch-Bureau zu übermitteln. Darüber hinaus sollen aber die erwähnten Kassen von Jedermann auch bares Geld zum Ankauf Preussischer Staatsanleihen und deren sofortiger Eintragung in das Staats-Schuldbuch annehmen. Die beteiligten Beamten haben die bei dieser Gelegenheit zu ihrer Kenntnis kommenden Vermögensangelegenheiten gegen Jedermann, insbesondere auch gegenüber den Steuerbehörden, das unüberbrückteste Stillschweigen zu beobachten. Auch den geringfügigen Spesen an Kartage und Stempel bei dem Ankauf der Kontos werden für die Vermittlung der Eintragung Gebühren nicht erhoben. Hierdurch ist jedem, der einen kleineren oder größeren Kapitalbetrag zinsbar anlegen hat, die Möglichkeit gegeben, durch Einzahlung bei der nächsten königlichen Kasse ein Konto im Staats-Schuldbuch ohne jede Schreiberei und Umständlichkeit und möglichst billig zu erwerben.

Dieselben Geschäfte wie die königlichen Kassen übernehmen auch die mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbankstellen, jedoch gegen Erhebung einer geringen Provision.

Die Billigkeit und Einfachheit dieser Kapitalanlage in Verbindung mit ihrer Sicherheit und der Kostenlosigkeit der laufenden Verwaltung erscheint geeignet, die Eintragung von Kapitalen in das Staats-Schuldbuch, und zwar besonders auch in den Kreisen kleinerer Kapitalisten, noch beliebter zu machen, als sie es schon jetzt ist. Wie vielfach schon jetzt von den Vorteilen des Staats-Schuldbuchs Gebrauch gemacht wird, zeigt der Umlauf, das bereits mehr als 1700 Millionen Mark dort eingetragen sind, wobei noch bemerkt sein mag, daß über 36 Proz. der Konten auf Fokos bis zu 4000 $\mathcal{M}$ einschließlich lauten.

Dieselben Einrichtungen wie für die Preussischen Staatsanleihen und das Staats-Schuldbuch sind auch für die Reichsanleihen und das Reich-Schuldbuch getroffen.

Nr. 3. Marienburg, den 31. Januar 1905.

Diejenigen Herren Spezialkassierer der Kreis-Krankenkassen, welche mit der Abrechnung für Oktober bis Dezember v. J. S. noch im Rückstande sind, werden hierdurch aufgefordert nunmehr sofort mit der Kreis-Krankenkasse zu verrechnen.

Nr. 4. Marienburg, den 26. Januar 1905.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß mit der Jagd zu verfahren ist:

1. Rebhühner vom 1. Januar bis 15. Mai,
2. weißes Rehwild vom 1. Januar bis 31. Oktober,
3. Rehstüber das ganze Jahr hindurch,
4. Hasen vom 16. Januar bis 30. September,
5. Fasanenbennen vom 1. Februar bis 15. September,
6. Rebhühner, Wachtele vom 1. Dezember bis 31. August,
7. Drosseln vom 1. Januar bis 30. September.

Die Schonzeit für den Dachs ist gänzlich aufgehoben.

Nr. 5. Marienburg, den 30. Januar 1905.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Westpreußen hat dem Komitee für die Veranstaltung einer Verlosung zum Besten des St. Marien-Krankenhaus zu Danzig die Genehmigung erteilt, am 30. April und 1. Mai 1905 eine Verlosung von Bagatgegenständen zum Besten des St. Marien-

Krankenhaus zu veranstalten und 10000 Lose zum Preise von 0,50 $\mathcal{M}$ für jedes einzelne Los in der Provinz Westpreußen auszugeben und zu vertreiben.

Nr. 6.

I. Hinter Ziffer XX der Anweisung, betreffend das Verfahren bei der Anstellung, sowie bei der Erneuerung (Ersetzung) und der Berichtigung von Quittungskarten, vom 17. November 1899 (R. Bl. f. d. i. B. 1900 S. 16) wird folgende Ziffer XXa eingefügt:

„Eind in einer Quittungskarte Marken einer zu niedrigen Lohnklasse eingeleist, so ist die untere Verwaltungsbehörde (Vorsitzender der Rentenkasse) befugt, abweichend von der Ziffer XX von dem verpfändeten Arbeitgeber nur den Unterschied zwischen den zu niedrigen Marken und den richtigen Marken einzuziehen und gegen Einzahlung des eingezogenen Geldebetrags vom der Versicherungsanstalt die richtigen Marken einzufordern. Diese sind in die Quittungskarte einzufügen und die zu niedrigen Marken zu vernichten.“

II. Ziffer XXIV a. a. O. erhält folgenden neuen Absatz:

„Die untere Verwaltungsbehörde (Vorsitzender der Rentenkasse) ist befugt, auch ohne Zuziehung der Arbeitgeber die Berichtigung der Quittungskarten in der Weise vorzunehmen, daß sie den Wert der zu vernichtenden Marken bei der unrichtigen Versicherungsanstalt liquidiert und von der richtigen Versicherungsanstalt die erforderliche Zahl der Beitragsmarken einfordert.“

III. Ziffer XXVI a. a. O. erhält folgenden Zusatz:

„Ergibt sich die Notwendigkeit einer Berichtigung gelegentlich der Kontrolle, so haben die die Kontrolle ausübenden Organe, Behörden oder Beamten, sofern die Beteiligten mit der Berichtigung einverstanden sind, die Berichtigung selbst vorzunehmen.“

Berlin W. 66, den 22. Oktober 1904.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung: Lohmann.

Marienburg, den 1. Februar 1905.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit zur Kenntnis der Ortspolizeibehörden bezw. Quittungskarten-Ausgabestellen und weise dieselben gleichseitig an, den Anträgen auf Ueberföndung von Beitragsmarken der richtigen Lohnklasse feils die Quittungskarten, in denen die Marken der unrichtigen Lohnklasse enthalten sind, beizufügen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Nr. 1.

Diejenigen Unteroffiziere und Mannschaften der Reserve und Landwehr 1. Aufgebots aller Waffen, die zum Eintritt in die stasaktische Befehlsabteilung bereit sind, werden hierdurch aufgefordert, sich alsbald bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel zu melden.

Sie müssen sich für die Zeit bis zum 30. September 1907 zum Dienst in Ostasien vertraglich verpflichten, können jedoch vor Ablauf der übernommenen Dienstzeit entlassen werden, sofern ihre Dienste in Ostasien früher einbeßrlich werden.

Bedingungen für Annahme sind vorzugsweise Tropen-tauglichkeit und durchaus gute Führung.

Auch Bekehrate können sich melden.

Alles nähere teilen die Bezirkskommandos mit.

Danzig, den 26. Januar 1905.

Königliches General-Kommando XVII. Armee-Korps.

Nr. 2.

Junge Leute aus den Kreisen Marienburg, Stuhm, Elbing Land- und Stadtkreis, welche in eine Unteroffiziererschule bezw. Unteroffizierschule aufgenommen zu werden wünschen, können sich beim unterzeichneten Kommando melden.

Die Bedingungen sind folgende:

Für Unteroffiziererschulen: Alter mindestens 14½ Jahre, persönliche Meldung und unter Begleitung des Vaters oder Vormundes. Nachstehende Papiere sind vorzulegen:

- a. Geburtszeugnis,
 - b. Konfirmationschein bezw. einen Ausweis über den Empfang der ersten Kommunion,
 - c. ein Unbescholtenheitszeugnis der Polizei-Obrigkeit,
 - d. etwa vorhandene Schulzeugnisse,
 - e. eine amtliche Bescheinigung über die bisherige Beschäftigungsweise, über früher erlittenen Krankheiten und etwaige erbliche Belastung.
- Dieselben sollen eine Körpergröße von mindestens 151 cm haben.

Für Unteroffizierschulen: Einstellung bereits am 15. April 1905. Alter mindestens 17 Jahre. Das 20. Lebensjahr darf jedoch nicht überschritten sein. Größe mindestens 154 cm. Persönliche Meldung unter Vorlage folgender Papiere:

- a. ein von dem Zivilvorstehenden der Gesag-Kommission seines Aushebungsbezirks ausgestellter Meldechein,
- b. ein Konfirmationschein bezw. einen Ausweis über den Empfang der ersten Kommunion,
- c. etwa vorhandene Schulzeugnisse,
- d. eine amtliche Bescheinigung über die bisherige Beschäftigungsweise, über früher erlittenen Krankheiten und etwaige erbliche Belastung.

Die Erziehung in den Unteroffiziererschulen bezw. Unteroffizierschulen findet unentgeltlich statt. Die näheren Bestimmungen hierüber können hier eingesehen werden. Meldungen möglichst am Montag und Mittwoch von 9 Uhr vormittags ab.

Marienburg, den 25. Januar 1905

Königliches Bezirks-Kommando.

Nr. 3. Eine Pflanzkette ist von einem Unbekannten gefunden und bei Herrn Hermann Wiens in Brodack abgegeben. Der sich ausweisende Eigentümer kann dieselbe dort in Empfang nehmen.

Lindeau, den 28. Januar 1905.

Der Amtsvorsteher.